

MAGAZIN

WALDWENDE

STATT

FORSTSCHUTZ

Kein Weiter-so-wie-bisher

ERFOLG

Rheinaue gerettet

"HAMBI" FÜR ALLE

Zurück in Bürger*innen-Hand

GÄRTEN DES GRAUENS

Mehr Vielfalt statt Schotter

BAUMSTERBEN

WALDWENDE STATT ANBAU

Der Hitzesommer und dadurch bedingte Massenvermehrungen des Borkenkäfers führten zu großflächigen Baumverlusten in den Fichtenforsten. Doch die Politik droht die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.



HOLGER STICHT

.....
ist Vorsitzender des BUND NRW
Foto: Dirk Jansen

Kahlgeschlagene Fichtenplantagen so weit das Auge blickt: Die Wetterextreme dieses Sommers führten zu Thesen über ein angebliches Waldsterben. Tatsächlich haben wir es in erster Linie mit einem Scheitern der bisher dominierenden Forstwirtschaftspraxis zu tun. Der BUND NRW fordert in seinen „Eckpunkten für eine Waldwende NRW“ ein Umsteuern: weg vom Anbau hin zu vielfältigen und selbstständig entwickelten Waldökosystemen.

Von den Dürren betroffen sind vor allem angebaute Bäume und gleichartige und gleichaltrige Baumbestände. Es handelt sich dabei nach naturwissenschaftlicher Definition nicht um Wälder, sondern um Forste: Baumplantagen, die meist zur Holzproduktion angebaute wurden, zum Beispiel mit der in NRW nicht natürlich vorkommenden Fichte. Aber auch viele andere Nadel- und Laubbaumarten und -sippen sind auf Standorten angebaute worden, auf welchen sie von Natur aus nicht vorkommen. Vielfach sind diese Standorte zuvor entwässert worden. Moore wurden drainiert und Bäche vertieft, um einen Anbau mit den gewünschten Baumarten überhaupt erst möglich zu machen.

Bäume kann man pflanzen, einen Wald, in dem verschiedenartige Baumarten unterschiedlicher Alterszusammensetzung mit

unzähligen anderen Pflanzen-, Tier- und Pilzarten zusammenleben und in welchem sich verschiedene Sukzessionsstadien abwechseln können, nicht. Diese Waldvielfalt wird durch Aufforstung unterdrückt, spielt aber vielfach eine wesentliche Rolle für die Versorgung und Widerstandsfähigkeit der Bäume.

Aus ungelentkten Sukzessionsprozessen entstandene Waldökosysteme mit den standortheimischen Arten und -sippen sind nicht nur widerstandsfähiger und stellen im Lebensraumkomplex Wald den Schlüssel zur Bewältigung der sich verschärfenden Biodiversitätskrise dar, sie entwickeln auch absehbar die optimalen Anpassungen gegenüber sich verändernden Umweltbedingungen. Daher ist davon auszugehen, dass sie auch hinsichtlich ihrer Klimaschutzleistung und der Holzproduktionsansprüche für viele Verwendungsarten dauerhaft überlegen sein werden.

Öffentliches Geld nur für öffentliche Leistung

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens hat 100 Millionen Euro als Soforthilfe unter anderem für die Räumung des sogenannten „Schadholzes“ sowie die Wiederaufforstung bereitgestellt. Beide Maßnahmen stehen in eklatantem Widerspruch zu den Anforderungen an den Waldschutz: das Totholz wird für die zukünftige Waldentwicklung benötigt, flächige Wiederaufforstungen widersprechen den Biodiversitätszielen und sind angesichts der aktuellen Wetterbedingungen zum Scheitern verurteilt. Das „Waldbaukonzept NRW“ führt auf den Holzweg, mit der Verteilung von Steuergeldern nach dem Gießkannenprinzip



Kranke und gefällte Fichten im Teutoburger Wald. Am Boden zeigt sich schon Laubholz-Naturverjüngung.

Foto: Adalbert Niemeyer/Lüllwitz



Gefundenes Fressen für Borkenkäfer: Fichtenholzplantage in Bad Honnef.

Foto: Achim Baumgärtner

betreibt die Landesregierung öffentlichkeitswirksamen Aktionismus und nimmt dabei eine massive Steuergeldverschwendung in Kauf. Der BUND NRW bekennt sich zu finanziellen Hilfen für betroffene Waldbesitzer. Diese Unterstützung muss aber nach dem Prinzip „öffentliches Geld für öffentliche Leistung“ eingesetzt werden.

DER BUND FORDERT:

1. Bewirtschaftung des landeseigenen Waldes gemäß Biodiversitätsstandards im Landesforst- respektive Landesnaturschutzgesetz festschreiben und umsetzen. Hierzu zählen u.a. der Verzicht auf flächige Aufforstungen und Totholzentnahmen.
2. Bindung der Förderkulisse des Landes inklusive der Soforthilfen an die Biodiversitätsstandards des Landes.
3. Natürliche Waldentwicklung auf 5 Prozent der Landeswaldfläche bis 2020, auf 10 Prozent bis 2030.
4. Landesprogramm zur Wiedervernässung entwässert er Moor- und Moorwaldstandorte.
5. Landesprogramm zum Rückbau von Begradigungen, Vertiefungen und Befestigungen an Fließgewässern im Wald.

Der Borkenkäfer vor Gericht

Die Forstwirtschaft reagiert mit Kahlschlägen auf den durch Wetterextreme begünstigten Borkenkäferbefall. Doch ist das auch sinnvoll?

Nein, meint der BUND. Denn Kahlschläge mit ihren stofflichen und klimatischen Negativwirkungen und enormen Bodenschäden gefährden die Ökosysteme und können selbst Nachbarflächen erheblich beeinträchtigen.

So auch im FFH-Schutzgebiet Siebengebirge. Dort geht der BUND juristisch gegen einen Kahlschlag auf zunächst insgesamt 65 Hektar Fläche vor. Die größte Einschlagfläche umfasst allein 30 Hektar, ohne dass die obligatorische FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt worden wäre. Das ist nach Auffassung des BUND unzulässig. Dafür spricht eine ausgereifte EU-Rechtsprechung. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs zum Nationalpark Puszca Bialowieska kam so zu dem Ergebnis, dass sich Polen unzureichend vergewissert hatte, dass das Gebiet durch solche Rodungs-Maßnahmen nicht beeinträchtigt werde. Es sei keine hinreichende Verträglichkeitsprüfung durchgeführt worden. Dieser Fall liegt auch im Siebengebirge vor. Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Falls hofft der BUND, sich letztendlich gerichtlich durchsetzen zu können.



ECKPUNKTE-PAPIER "WALDWEENDE" UND WEITERE INFOS

www.bund-nrw.de/wald



Foto: Dirk Jansen

HAMBACHER WALD

ZURÜCK IN ÖFFENTLICHE HAND

Zum Jahrestag des Rodungsstopps im Hambacher Wald am 5. Oktober forderte der BUND die Regierungen von Land und Bund auf, endlich konkrete Maßnahmen zur endgültigen Bewahrung der vom Braunkohlentagebau bedrohten Restwälder zu schaffen. Es müsse schnell eine Einigung mit dem RWE erzielt und der Wald zurück in öffentliche Hand überführt werden.

„Die Lippenbekenntnisse zum Erhalt des Hambacher Waldes sind wenig wert, solange nicht die Empfehlungen der Kohle-Kommission tatsächlich umgesetzt werden und die RWE-Bagger immer näher an den Wald graben“, sagte der stellvertretende BUND-Landesvorsitzende Thomas Krämerkämper. Die Region bräuchte schnell Klarheit, nicht zuletzt auch, um den Wald und die Region dauerhaft zu befreien und einen echten Strukturwandel zu erreichen.

Der vom BUND juristisch erkämpfte und vom Oberverwaltungsgericht am 5. Oktober 2018 verkündete Rodungsstopp gilt schon heute als historischer Wendepunkt. Mit dem Gerichtsbeschluss war der notwendige Freiraum für eine politi-

sche Lösung des Dauerkonflikts eröffnet worden. Dieser wird jetzt allerdings viel zu zögerlich genutzt. Solange die Politik das notwendige Engagement vermissen lässt, setzt der BUND daher weiter auch konsequent auf den Klageweg. Derzeit sind noch verschiedene Klagen gegen die bergrechtlichen Zulassungen und gegen die Zwangsenteignung des BUND-Grundstücks im unmittelbaren Tagebauvorfeld anhängig.

Im Erhalt der etwa 550 Hektar umfassenden Restflächen der Bürgewälder liegt eine große Chance für die Region. Denn eine nachhaltige Entwicklung des Rheinischen Reviers darf sich nicht allein auf ökonomische Aspekte beschränken, sondern muss auch eine ökologische Aufwertung der Region beinhalten. „Wir erwarten deshalb, dass die Landesregierung den Wald zurück in öffentliche Hand überführt“, formulierte NRW-Geschäftsleiter Dirk Jansen eine zentrale Forderung. „Die Bürgewälder müssen zum Ausgangspunkt eines neuen Biotopverbundsystems im geschundenen Braunkohlenrevier werden.“ Ein geeigneter Träger wäre zum Beispiel

die durch den BUND geforderte Stiftung für die Förderung von Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege, zumal diese schon über Flächen im benachbarten FFH-Gebiet Steinheide verfügt. Diese Vorschlag findet inzwischen auch politisch immer mehr Anklang.

Weiter muss das Land den Hambacher Wald schnellstens der EU-Kommission zur Ausweisung gemäß der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie vorschlagen. Dann könnte endgültig wieder Frieden im Wald einkehren.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/braunkohle



September 2019: Der BUND-Bundesvorstand informierte sich im Rahmen einer Exkursion über die aktuelle Situation im Hambacher Wald.



Foto: Dirk Jansen

KUNST CONTRA KOHLE

Am 13. September 2019 - dem Jahrestag des umstrittenen Beginns der Rodungs-Räumung im Hambacher Wald - eröffnete der BUND zusammen mit der international renommierten Foto-Künstlerin Barbara Dombrowski auf dem BUND-Widerstandsacker im Tagebau Hambach die Klima-Kunst-Installation "Tropic Ice". Ziel des fünf Kontinente-Projekts ist es, zum Dialog mit den vom Klimawandel am meisten Betroffenen anzuregen. Spannende Diskussionsveranstaltungen komplettierten das Event, das für 10 Tage eine gelungene Verknüpfung von Umweltschutz und Kunst bot.

Mehr Infos und viele Bilder unter: www.bund-nrw.de/tropic-ice



Foto: Dirk Jansen

Klimastreik

Mehr als 250.000 Menschen sind allein in NRW zusammen mit "Fridays for Future" beim globalen Klimastreik am 20. September auf die Straße gegangen. In etlichen Städten waren auch BUND-Gruppen dabei, um für mehr Klimaschutz zu

demonstrieren; selbstverständlich war auch die BUND-Landesgeschäftsstelle dabei und trat in den "Streik". Unsere gemeinsame Forderung: eine Wende hin zu einer energischen Klimapolitik. Doch das gleichzeitig beschlossene Klimapäckchen der Bundesregierung versagt leider völlig dabei, eine Antwort auf die Klimakrise zu finden. Unisono kritisierten BUND und Wissenschaft die mutlosen Beschlüsse. Der Druck der Straße bleibt also weiterhin erforderlich. Die nächste Gelegenheit bietet sich am 29. November (siehe Kasten).



FOTOSTRECKE

Bilder der Aktion unter:
www.bund-nrw.de/klimastreik

WAS TUN?



GEMEINSAM FÜR DAS KLIMA

Kurz vor Beginn der Weltklimakonferenz am Freitag, dem 29. November, heißt es: Gemeinsam für das Klima! Dann sind wieder alle Generationen aufgerufen, sich am globalen Klimastreik von Fridays for Future zu beteiligen.

Auch diesmal unterstützt der BUND zusammen mit einem großen NGO-Bündnis den Protesttag.

Mehr unter www.fridaysforfuture.de

AKTUELLES



"Auenkrieger" im Jahr 2011 (v.l.n.r.): Holger Sticht, Hubert Weiger, Werner Reh und Paul Kröfges.

HAFEN BEERDIGT - AUE GERETTET

Am 26. September verkündete der Rat der Stadt Köln das endgültige Ende der Planungen zum Ausbau des Godorfer Rheinhafens. Das Naturschutzgebiet "Sürther Aue" ist damit gerettet - ein großartiger Erfolg des BUND und der örtlichen Aktionsgemeinschaft.

Die Hafenausbaugegner*innen wehrten sich über 30 Jahre lang mit kreativen Aktionen, Demonstrationen, Veranstaltungen aber auch mit großer Sachkompetenz gegen diese ebenso schädliche wie überflüssige Planung. "Dramatischer Höhepunkt war sicher das Jahr 2009, in dem das Naturschutzgebiet gerodet und unter großem Polizeiaufgebot, als gelte es einen Terroranschlag zu verhindern, der erste Spatenstich durch Lokal- und Landespolitiker vollzogen wurde", erinnert sich der damalige BUND-Landesvorsitzende Paul

Kröfges. Dem von Anwohner*innen juristisch erfochtenen Baustopp folgten weitere vom BUND und der Aktionsgemeinschaft initiierte Demonstrationen, zahlreiche Info- und Protestversammlungen, Mahnwachen, ein Auencamp, Strafanzeigen, eine EU-Beschwerde und schließlich eine Bürgerbefragung. Doch erst mit dem jetzt erfolgten Ratsbeschluss wurde die Planung endgültig beendet.

Besonders erfreulich: Die Stadt will die 35 Hektar große „Sürther Aue“ übernehmen, um sie dauerhaft als Naturraum zu bewahren. Der BUND bot an, das wertvolle Areal für die Bürger*innen zu pflegen, zu schützen und zu entwickeln.

i MEHR ZUM THEMA
www.bund-nrw.de/naturschutz

NATURSCHUTZ-TAGE AN DER SIEG

Seit 2014 veranstaltet der BUND NRW die „Naturschutztage am Rhein“, bei denen der Gewässerschutz und die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie im Einzugsgebiet des Rheins, also auch an seinen Nebengewässern und Zuflüssen im Mittelpunkt stehen. Deshalb trafen sich die 80 Gewässerschutzexpert*innen diesmal an der Sieg. Thematischer Schwerpunkt der Veranstaltung war die Wiederansiedlung des Lachses und anderer Wanderfische. Vor allem die vielen Wehre und die fehlende Durchgängigkeit machen es den Fischen dabei nach wie vor schwer. Aber auch Baugebiete und sonstige Eingriffe in die Siegauen gefährden das Ökosystem. Deshalb forderten die BUND-Aktiven die Politik auf, die Bedeutung der Sieg als zentrale Biotopverbundachse endlich zu berücksichtigen. Einen ersten Erfolg erbrachte die Tagung sofort: Die rheinland-pfälzische Umweltministerin Ulrike Höfken überbrachte die Botschaft, dass zumindest eines der Wehre nicht genutzt werden darf und insofern eine Barriere für den Lachs entfallen kann.

Mehr um Thema: www.bund-nrw.de/wasser



Foto: Paul Kröfges

VIelfalt statt Schotter

Trotz Klimanotstand und Insekten-schwund setzen viele Hauseigentümer*innen auf die vermeintlich pflegeleichten Schotterwüsten. Ein Umdenken und klare Vorgaben sind erforderlich. Dafür setzen sich BUND-Gruppen in vielen Orten in NRW ein.

Zusammen mit der BUNDjugend startete der BUND Bielefeld dazu eine Aktion, bei der die Bedeutung der Garten-Natur für den Insektenschutz in Mittelpunkt steht. Mit dabei: Bienen, Hummeln, Schmetterlinge und deren Futterpflanzen. Mit deren Hilfe will der BUND jetzt auch in den Stadtbezirken für insektenfreundliche Gärten werben. Dazu werden Flyer verteilt und auf der Website Praxistipps angeboten. Mit einem offenen Brief an den Oberbürgermeister fordert der BUND zudem die Stadt auf, die entsprechenden Bestimmungen und Gebote in Bebauungsplänen zu überarbeiten.

Gärten als Rückzugsräume

Angesichts der schwindenden Artenvielfalt sind Gärten wichtige Rückzugsräume für zahlreiche Tierarten. Das Grün an den Straßen trägt an heißen Tagen zur Abkühlung bei, und Niederschläge können ungehindert versickern. Dennoch werden an



den Straßen immer noch viele geeignete Grünflächen geschottert und versiegelt. Viele Städte in NRW haben deshalb schon solche „Schottergärten“ verboten. Verbote oder Gebote stützen sich dabei auf die Landesbauordnung, nach der Vorgartenflächen, mit Ausnahme von Zuwegungen, Zufahrten und genehmigten Stellplätzen, begrünt werden müssen. Auch in Bielefeld haben diese Bestimmungen Eingang in Bebauungspläne gefunden. Darin werden „Kiesflächen“ jetzt versiegelten Flächen gleichgestellt, und es wird eine gärtnerische Begrünung gefordert. Der Anteil der versiegelten Flächen wird in den Plänen begrenzt, zum Beispiel auf maximal 30 Prozent der Gesamtfläche der Vorgärten.

Das begrüßt der BUND, fordert aber eine Überarbeitung und Präzisierung. Zudem hat der BUND bei Begehungen in Bielefelder Baugebieten festgestellt, dass die

Gebote der Bebauungspläne oft nicht beachtet werden. In Extremfällen wird sogar die gesamte Vorgartenfläche unerlaubt mit Pflastersteinen versiegelt.

Aus Sicht des BUND besteht hier ein substantielles Vollzugsdefizit seitens der Behörde. "Auf der einen Seite werden Bürgerinnen und Bürger wegen Verstoß gegen die 'Reinigungssatzung' belangt, wenn sie auf dem Gehweg Wildkräuter in Pflasterritzen zulassen. Auf der anderen Seite lässt die Stadt es zu, dass die Gebote zur Freiflächenbegrünung missachtet werden. Das passt nicht zusammen", fasst Adalbert Niemeyer-Lüllwitz die absurde Situation zusammen.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-bielefeld.de

Erntezeit

Herbstzeit ist Erntezeit. Aktive in vielen BUND-Gruppen freuen sich dann über die Früchte ihrer Arbeit zum Erhalt der wertvollen Streuobstwiesen.

So auch in Dortmund. Die besondere Mischung unterschiedlicher vor allem alter Sorten macht den besonderen Geschmack des „Echt Dortmunder Apfelsaft“ aus. An einem zentralen Sammelpunkt holt die Mosterei alle Äpfel ab. Das Jahr über pflegen die Aktiven mit zahlreichen

Helfer*innen ihre Patenschaftswiesen und kümmern sich um den Schnitt der Obstgehölze. In Zusammenarbeit mit anderen Dortmunder Vereinen betreut die Gruppe



Foto: BUND Dortmund

zudem Nistkästen für verschiedene Vogelarten.

Gewandelt hat sich die Bedeutung von Streuobstwiesen im Laufe der Zeit. Früher hatten diese eher einen wirtschaftlichen Wert und dienten der Selbstversorgung. Heutzutage überwiegt der ökologische Wert, der sie unter anderem für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beliebt macht. Aber auch der Genuss kommt nicht zu kurz. Naturschutz geht eben (auch) durch den Magen.

www.bund-dortmund.de



Foto: BUND Lippe

VERKEHRSWENDE VON UNTEN

Die Mobilitätswende lässt auf sich warten. Viel zu lange, meint die BUND-Kreisgruppe Lippe und hat ein eigenes Projekt gestartet: "sala", das kostenlose Bad Salzflufer Lastenrad.

"Sala" ist das Lastenrad für alle, die eine günstige, umweltfreundliche, praktische und oft auch schnellere Möglichkeit, Lasten zu transportieren, nutzen wollen. Ob es um den Wochenendeinkauf, Kinder auf dem Weg zum Kindergarten oder zur Grundschule, den Abtransport von Gartenschnitt, das Entsorgen von Glasflaschen oder den Grill für das Barbecue im Park geht: in einem Lastenrad ist immer Platz! Gestartet wird das Projekt in Bad Salzflufer, aber für die Zukunft wird an mehrere Räder an mehreren Standorte gedacht.

"Viele Stadtplanende und Politiker*innen erkennen, dass es zu viel Autoverkehr gibt. Jedoch fehlt es an attraktiven Alternativen", erklärt Harald Kohls von der BUND-Kreisgruppe Lippe die Motivation. "Das wollen wir ändern." Da der öffentliche Platz nur einmal verteilt werden kann, müsse er zugunsten alternativer Mobili-

tät umgewidmet werden. Auch wenn es schwer falle, Parkflächen und Fahrspuren müssten zurückgebaut werden. Die Zukunft liegt nach BUND-Überzeugung in einer Verkehrspolitik, die Nahverkehr und Radwege ausbaut und gleichzeitig den Autoverkehr in der Innenstadt deutlich reduziert. Fast unbekannt und deshalb noch wenig in Gebrauch sind dabei Lastenfahräder. Mit "sala" soll dem abgeholfen werden. "Neben diesem Verleih-Projekt wollen wir aber auch Werbung für die Themen Fahrradfahren und Lastenrad leisten und mit unserem Angebot zu einem neuen Mobilitätsverhalten beitragen", sagt Harald Kohls.

Auch andere BUND-Gruppen planen ähnliche Projekte. Sie sind es leid, dass die Politiker*innen zu langsam handeln und treiben die Mobilitätswende in Eigenregie voran.



IHR ANSPRECHPARTNER

Kreisgruppe Lippe
Tel. 05222 - 795959
<http://www.sala.bike>



ÜBERZEUGUNGSTÄTER*INNEN
GESUCHT!

Zur Unterstützung der
verbandseigenen Mitglieder-
gewinnung des BUND
suchen wir Verstärkung!



Werde Teil unseres Teams
> JETZT BEWERBEN!

AUS DEM VERBAND –
FÜR DEN VERBAND!

Mehr Infos unter
www.bundconnect.de/jobs


www.facebook.com/bund.nrw

BUND NRW e.V.
Gepostet von Dirk Jansen (1) · 15. April 2019 · 10:55

Spürsinnige Gartenschläfer: Unsere Expertin Christine Thiel-Bender im WDR-Interview: Wer hat die heimliche Skalmäuse gesiegt?
<https://www1.wdr.de/.../8.../Video-lookalike-aus-bonn-192.html>



Selbste Tierart "Gartenschläfer"
Schäfer aus Bonn | 13.07.2019 | 25:34 Min. | WDR | Von Greta Hebborn

Immer aktuell informiert sein und mitdiskutieren? Folgen Sie uns auf Facebook. Wir freuen uns über neue Freund*innen mit Lust am Dialog!

IMPRESSUM

Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211 - 30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de • **Redaktion und Layout:** Dirk Jansen, Geschäftsführer, Tel. 0211 - 30 200 522, dirkjansen@bund.net • **Auflage:** 23.300; **Druck und Versand:** Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen • **BUND-Spendenkonto:** Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, Konto: DE 10 3702 0500 0008 2046 0 • **Hinweis:** Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 31.12.2019, © BUND NRW e.V., November 2019